

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 130-408
Telefon: (0 22 21) 21 90 36/39
Telex: 09 86 848-48 ppbn d

Inhalt

Bruno Friedrich MdB, Vorsitzender der Europa-Kommission beim Vorstand der SPD, bezeichnet das SPD-Europa-Programm als konsequente Fortsetzung des Godesberger Grundsatzens der SPD.

Seite 1-3

Manfred Coppik MdB fordert nach dem SPD-Parteitagsbeschuß zur Einstellungspraxis im öffentlichen Dienst seine konsequente praktische Umsetzung.

Seite 4

Fritz Gerstl MdB erläutert die konkreten Arbeitsaufträge, die sich aus dem Bericht des Wehrbeauftragten ergeben.

Seite 5-7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 65 11

33. Jahrgang / 237

11. Dezember 1978

Godesberg konsequent fortsetzen

Das SPD-Europa-Programm des Kölner Parteitages 1978

Von Bruno Friedrich MdB

Vorsitzender der Europa-Kommission beim Vorstand der SPD

Die programmatische Dimension der SPD für Europa ist seit dem Parteitagsbeschuß von Köln festgelegt. Auch wenn es 275 Anträge gab, so hat der Parteitag doch den von der Europa-Kommission vorgelegten Entwurf in seinem Aufbau, in seiner Struktur, in seinen Hauptforderungen akzeptiert.

Die Einstimmigkeit der Annahme beweist den breiten Konsens. Da dieses Europa-Programm nicht nur als ein allgemeines Wahlmanifest sondern sehr konkret formuliert ist, ist auch die seit Jahren schwebende Frage beantwortet, die vor fünf Jahren der damalige Generalsekretär der CDU, Prof. Biedenkopf, formulierte mit dem Hinweis, die SPD bestehe aus zwei programmatisch miteinander unvereinbaren Parteien.

Anlaß für diese Biedenkopf-Analyse war die Tatsache, daß, in der Tat, durch die 68er Studentenrevolte ein nicht aus der traditionellen Verbindung von SPD und Gewerkschaften kommender Schub jüngerer Akademiker in die SPD einströmte, der zunächst auch der Godesberger Grundorientierung höchst kritisch gegenüberstand. Soweit es um einzelne Personen geht, können sie nicht als typisch für eine bestimmte Richtung der Partei in Anspruch genommen werden. Dies hat der Hamburger Richtungsstreit um Klose bekräftigt. In einer Partei des demokratischen Sozialismus ist die Programmorientierung für die Mitglieder das Wesentliche; denn sie ist das Motiv des ideellen Engagements.

Köln 1978 hat den beim Hannoveraner Parteitag 1973 ausgebrochenen Flügel-Konflikt durch einen umfassenden Programm-Konsens beendet. Personenkonflikte sind deshalb heute eher Machtkonflikt um Führungspositionen.

Das erste SPD-Europa-Programm hat bei vielen deshalb widersprüchliche Reaktionen hervorgerufen, weil sich so gut wie niemand in den Menden vor dem Kölner Parteitag die Mühe machte, den programmatischen Grundlinien des schon drei Monate vorliegenden Programm-Entwurfs nachzuspüren. So blieb die Beschäftigung mit dem Programm am Aktuellen hängen.

Beispiel: 35-Stunden-Woche und Aussperrung. Dies beweist zunächst nur, daß dieses Programm auf dem Boden der aktuellen Wirklichkeit steht. Für die Zukunftsorientierung sind die darin enthaltenen Forderungen viel ausgreifender und gesellschaftspolitisch umfassender als die 35-Stunden-Woche. Wie ist dieses Europa-Programm in seiner Funktion zu sehen, wo steht es in der Geschichte der Programmatik der SPD?

Die einen Betrachter schreiben, es sei für die Innenpolitik geschrieben. Dies beweist nur, wie tief unsere Gesellschaft noch in der Illusion lebt, der Anschein der nationalen Selbstbestimmung, fixiert durch die Verfassung, sei identisch mit der politischen Wirklichkeit unserer Welt. Unsere nationale Existenz ist auch in der Innenpolitik von internationalen Faktoren weitaus mehr geprägt, als wir Deutsche es wahrhaben wollen. Diese internationale Tendenz wird zunehmen, auch nationalistische Reaktionen provozieren.

Das Europa-Programm der SPD ist der erste bewußte Versuch, diese neue internationale Dimension höchst konkret, für jedermann in den Einzeltendenzen prüfbar, abzustecken. Das Programm geht über den "Orientierungsrahmen 85" hinaus, dessen Auftrag ausdrücklich lautete, ausschließlich für den nationalen Rahmen eine Orientierung zu formulieren. Da für Europa 1979 keine Regierung zu wählen ist, konnte die SPD in Köln mit ihrem Europa-Programm, frei von Koalitionsblicken in jede Richtung und bewußt über eine Parlamentsphase hinaus, ihre Europa-Perspektiven aufzeigen.

Programmanalysen sind in der Öffentlichkeit wenig gefragt. Das Beispiel des Hamburger Bürgermeisters Klose zeigt, daß die flüchtige Mediengesellschaft nur in Chiffren denkt. Die wichtigsten Chiffren sind Schlagworte und Gesichter. Das Wort "Stamokap" in "konkret", und ein Gesicht ist als Chiffre geprägt. Links oder Pseudolinks? Der gewollte Konflikt ersetzt die Begründung.

Um dieser Methode nicht ganz auszuweichen und Fehlinterpretationen zu ersparen: Der Vorsitzende der Europa-Kommission, also der Programm-Kommission, war vor 18 Jahren fünf Jahre hindurch der enge Mitarbeiter Waldemar von Kwoeringens und Willi Eichlers, beide zu den Vätern des Godesberger Programms zählend. Ich habe mich immer als ihr Schüler begriffen und hätte den Auftrag für ein Europa-Programm als Vorsitzender der Programm-Kommission sofort zurückgegeben, hätte ich davon ausgehen müssen, daß die Fortsetzung des Godesberger Weges in diesem Programm nicht gegeben ist.

Godesberg war die endgültige Absage an den Glauben eines mechanisch ablaufenden Geschichtsprozesses. Der demokratische Sozialismus von Godesberg ist geistig verwurzelt in der europäischen Aufklärung. In dieser humanistischen Begründung ist allerdings auch Raum für Karl Marx, vor allem für seinen anthropologischen Ansatz. Aber heute, 1978, ist die Hinwendung zu einer über Marx weit hinausgreifenden humanistischen europäischen Pluralität, in der vor allem ein dem Frieden und der sozialen Gerechtigkeit zugewendetes Christentum einen höchst wichtigen Platz einnimmt, die für die Gegenwart bestimmende programmatische Tendenz der SPD.

Die für Friedenspolitik, humanes Wachstum und Solidarität mit der Dritten Welt politisch engagierten Christen haben heute in der SPD den Rang, den die Gewerkschaften in der heutigen SPD in den Fragen der Sozialgemeinschaft und Wirtschaftsdemokratie einnehmen.

Godesberg 1959 war auch die endgültige Absage an einen ökonomisch-mechanischen Wirtschaftsprozess, in dem durch den Sozialismus eines Tages das Privateigentum in Staatseigentum überwechselt. Heinrich Deist hat im Godesberger Programm diese Vorstellung

ersetzt durch die das Marktsystem übergreifende Wirtschaftsdemokratie: Ein gemischtes Wirtschaftssystem, mit demokratischen Strukturen, in dem die Gewaltenteilung zwischen Staatseinfluß, Kapitaleignern und Arbeitnehmern mit Gewerkschaften das Ziel ist, um eine Monopolisierung der ökonomischen Macht in einer Hand auszuschließen.

Die ungeheure Konzentration der privaten ökonomischen Macht im internationalen Bereich verlangt allerdings die Stärkung der staatlichen und der gewerkschaftlichen Macht, soll das Gleichgewicht aufrechterhalten werden. Dies im Europa-Programm deutlich zu machen verlangt, Heinrich Deist ins Europäische zu übersetzen.

Die Entscheidung des Europa-Programms für Wirtschaftsdemokratie ist eine Absage an Orientierungen wie "Stamokap" oder an die Dominanz eines staatlichen Einflusses in der Wirtschaft. Der Hamburger Bürgermeister Klose kann sich mit den Forderungen seines "konkret"-Interviews nicht auf das Europa-Programm der SPD von Köln berufen; die Notwendigkeit einer verstärkten demokratischen Kontrolle ökonomischer Macht wird in diesem Programm allerdings bekräftigt.

Godesberg als Absage an einen mechanistisch verlaufenden Geschichtsprozeß hatte im Gefolge auch die Ablösung allgemein gehaltener sozialistischer Forderungen, die mitunter zur allgemeinen unverbindlichen sozialistischen Phrase abgeglitten waren, durch den Willen für die politischen Probleme konkrete Lösungen zu suchen. Nach 1968 gab es ebenfalls einen Rückfall in das Emotional-Allgemeine. Mit dem Ergebnis einer sinkenden Fähigkeit, die Menschen zu erreichen.

Programmatischer Sozialismus, der die Massen ergreifen will, muß konkret sein. Dies war so im 19. Jahrhundert und es ist gültig im Übergang zur Weltgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Diese Konzentration auf das Konkrete hat das neue Europa-Programm der SPD durchgehend geprägt. Dies ist nicht Ausuferung ins Detail sondern bewußt gewollt. Godesberg 59 war der Einstieg in die politischen Konkretisierungen der 60er und 70er Jahre durch viele Sachprogramme. Dieser Godesberger methodische Ansatz wurde im Europa-Programm 1978 bewußt erneuert. Deshalb enthält, wie bereits betont, das Programm wichtige Forderungen, die weit über den Rang der 35-Stunden-Woche hinausgehen. Dies gilt, um drei Beispiele zu nennen, für das Kapitel der Zukunftsfragen, für die Forderung nach kultureller Demokratie, für den Willen zu gesamteuropäischer Identität. Im angestrebten Demokratisierungsprozeß für unsere europäische Gesellschaft ist die Dominanz der parlamentarischen Demokratie als über allen anderen demokratischen Strukturen, also auch der Wirtschaftsdemokratie stehend, ein unangetastetes Axiom.

(-/11.12.1978/vo-he/hgs)

Entscheidender Impuls für mehr Liberalität

SPD-Parteitagbeschuß muß jetzt konsequent praktisch umgesetzt werden

Von Manfred Coppik MdB

Der Beschluß des außerordentlichen Bundesparteitages der SPD zur Feststellung der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst beinhaltet zwei ganz wesentliche Verbesserungen gegenüber der bisherigen Praxis.

Die erste ist der Wegfall der Regelanfrage. Sie bedeutete ein allgemeines Mißtrauen der Behörden gegenüber dem Bürger, der in den öffentlichen Dienst wollte. Sie förderte eine allgemeine Angst und Unsicherheit bei jungen Menschen, die nicht genau einschätzen konnten, was sie überhaupt noch denken und sagen dürfen, ohne spätere Nachteile erwarten zu müssen. Eine solche Geisteshaltung bei potentiellen Beamtenbewerbern ist ganz bestimmt nicht im Sinne einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ich hoffe, daß durch die Abschaffung der Regelanfrage auch die darauf bezogene Gesinnungsschnüffelei aufhört.

Der zweite wichtige Punkt des Beschlusses ist die in Übereinstimmung mit dem Bundesverfassungsgericht erfolgte Klarstellung, daß die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei für sich allein kein Ablehnungsgrund sein kann. Ebenso wenig kann es die Wahrnehmung der in der Verfassung oder in den Gesetzen gesicherten staatsbürgerlichen Rechte sein. Auch das steht in dem Beschluß des Parteitages. In einer freiheitlichen Demokratie muß es möglich sein, daß auch ein Kommunist Lokomotivführer sein kann, auch wenn er irgendwo für den Stadtrat kandidiert hat. Das ist ein Beitrag zur Gewährleistung der politischen Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt.

Die SPD hat schon viele Beschlüsse zu Extremistenfrage gefaßt, auch gute, wenn auch bisher keinen so eindeutigen. Entscheidend wird sein, daß dieser gute Beschluß jetzt in der Praxis beachtet wird, sonst würden wir gerade gegenüber dem kritischen Teil der jungen Generation völlig unglaubwürdig werden. Die Einstimmigkeit im Parteivorstand und Parteirat und die große Einmütigkeit auf dem Parteitag (nur eine Stimmenthaltung) sind eine gute Grundlage, um den Beschluß auch in der Praxis konsequent durchzusetzen. Dazu sind jetzt die Sozialdemokraten in der Exekutive aufgerufen. So könnte dieser Beschluß zu einem entscheidenden Impuls in Richtung auf mehr Liberalität in unserem Land werden.

(-/11.12.1978/ks/hgs)

Ein Bericht der viele Aufträge gibt

Zur guten Ausrüstung der Soldaten gehört ein sozial befriedetes Klima

Von Fritz Gerstl MdB

Im Bericht des Wehrbeauftragten haben natürlicherweise die sozialen Probleme der Soldaten ihren besonderen Stellenwert. Deshalb ist es notwendig, daß von diesen noch einmal gesprochen wird.

Es gibt eine, vom sonstigen öffentlichen Dienst sehr stark abweichende Versetzungshäufigkeit. Es ist unbestritten, daß die Eigenart dieses Berufes und das berufliche Fortkommen Versetzungen notwendig machen. Wenn das Bundesministerium der Verteidigung feststellt, daß beispielsweise ein Offizier des Truppendienstes fünf bis zwölf Verwendungsstufen durchläuft, die fast immer mit Versetzungen gekoppelt sind, so bedeutet dies nicht nur für den Soldaten selbst eine Belastung. Seine Familie, besonders aber Kinder in der Schul- und Berufsausbildung, haben bei den unterschiedlichen Bildungseinrichtungen der Länder eine besondere Bürde zu tragen. Das führt in Einzelfällen dazu, daß selbst begabte Kinder nur unter Inanspruchnahme von außerschulischer Nachhilfe einen qualifizierten Abschluß schaffen, andere aber auf der Strecke bleiben.

Die sehr unterschiedlichen Wohnverhältnisse, sowohl vom Angebot als auch vom Preis her, bringen das nächste damit verbundene Problem. Das Umzugskostenrecht, verbindlich für den gesamten öffentlichen Dienst, berücksichtigt die Besonderheiten des Soldatenberufs nicht immer. Besonders am Ende der aktiven Dienstzeit, wenn der gewünschte dauernde Aufenthalt nicht mit dem letzten Dienort übereinstimmt - das ist in der Regel der Fall -, ist die Hilfe des Dienstherrn noch ungenügend.

Deshalb kann ich nur dringend bitten, daß sich alle personalführenden Stellen ständig darum bemühen, die Versetzungshäufigkeit auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Ansichten von Vorgesetzten, sie selbst seien diesen Wanderungen auch ausgesetzt, deshalb könnten sie auch jedem anderen uneingeschränkt zugemutet werden, müssen aus den Dienstzimmern verschwinden. Verständnis und Rücksichtnahme soweit als möglich müssen auch für die Betroffenen erkennbar sein. Das rechtzeitige Personalgespräch muß zur Regel werden. Ob bei der Besonderheit dieses Berufes immer eine dienstpostengebundene Beförderung unumgänglich ist, sollte ernsthaft geprüft werden. Das Innen- und Finanzministerium kann ich nur bitten, Vorstellungen des Verteidigungsministeriums ernsthaft zu prüfen. Insbesondere bei der letzten Beförderung und Verwendung sollte auch unter dem Gesichtspunkt der großen Personalveränderungen bei der Bundeswehr die allgemeinen Regelungen des öffentlichen Dienstes Ausnahmeregelungen zulassen. Die A 9-Stellen der Unteroffiziere sind dafür ein beredtes Beispiel.

Aber auch bei den Wehrpflichtigen gibt es in Bezug auf den Dienstart unterschiedliche Belastungen. Wenn der Wehrbeauftragte feststellt, daß ein Schwerpunkt der Einsätze Wehrpflichtiger die Versetzung in Heimatnähe ist, so wird schon deutlich, daß das Problem der heimatfern Einberufenen von allen Verantwortlichen sehr gründlich überdacht werden muß. Es muß unser Ziel sein, den unvermeidlich heimatfern Einberufenen Freifahrtangebote und organisatorische Maßnahmen anzubieten, die Wochenendheimfahrten sinnvoll möglich machen. Der Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion auf Erstattung der Benzinkosten für Heimfahrten kommt zwar dem Wunsch vieler Wehrpflichtiger entgegen, wirft aber grundsätzliche Fragen auf.

Sollten wir durch Verwirklichung dieses Antrages die Unfallquote mit oder ohne Todesfolge anheben helfen? Oder kann verantwortet werden, daß Wehrpflichtige sich in gewinnsüchtiger Weise in Unterschleife verwickeln, wenn sie sich die Heimfahrt zur Familie bestätigen

lassen, aber andere Ziele angefahren haben? Wie steht es mit den Verwaltungs- und Kontrollaufgaben? Käme da nicht ein nach der Entfernung von dem Heimat- zum Dienstort gestaffelter Wehrsold den Verhältnissen näher? Eine sehr wichtige Teilfrage für unsere Wehrpflichtigen.

Ein weiterer schwieriger Teilbereich ist die unterschiedliche Dienstzeitbelastung. Es gibt Einheiten und Dienstposten, die die Anwesenheit der Soldaten aller Dienstgruppen weit über 40 Stunden dauernd erforderlich machen. Ich meine nicht Ausnahmen - Manöver oder Übungen - sondern den regulären Dienst. Wenn man dem Soldaten in Friedenszeiten Gerechtigkeit gegenüber anderen Beschäftigten in der Wirtschaft und im Öffentlichen Dienst widerfahren lassen will, kann man Mehrbelastungen sicherlich nicht mit Geld ausgleichen. Das würde unseren Bestrebungen auf ein möglichst gesundheitlich unschädliches Berufsleben widersprechen. Auch hier ist also das organisatorische Talent der Führenden gefordert, um einerseits mit den gleichen Personalumfangszahlen eine hochwertige Ausbildung und eine andererseits jederzeit gewährleistete Einsatzfähigkeit sicherzustellen.

Das Zulagewesen, manche nennen es nicht ganz zu Unrecht "Unwesen", ist lange Zeit nicht korrigiert worden. Neue Technologien, veränderte Belastungen und Aufwände erfordern eine Neuregelung. Die im Zusammenhang mit der Anhebung der Fliegerzulage für Zeitpiloten angeheizte Diskussion muß versachlicht werden. Die interfraktionale Projektgruppe des Verteidigungsausschusses ist gut beraten, wenn sie möglichst bald zu einer Vorlage an den Ausschuß kommt. Finanzielle Grenzen, Unvergleichbarkeiten und subjektive Einschätzungen werden verhindern, daß mit einer Neuregelung volle Zufriedenheit einkehrt. Aber auch hier gilt der alte sozialdemokratische Grundsatz: "Mehr Gerechtigkeit".

Zu recht hat der Wehrbeauftragte die Mitfluggenehmigung für Familienangehörige von Soldaten in Bundeswehrmaschinen, die im Ausland stationiert sind, in seinem Bericht angesprochen. Dazu kommen viele Wünsche von heimatfern abgeordneten Soldaten, die mit ansehen müssen, daß planmäßig fliegende Bundeswehrmaschinen nur ungenügend ausgelastet verkehren, ihnen aber ein Mitflug zur Verlängerung ihres Wochenendaufenthaltes bei ihren Familien verweigert wird. Sicher muß alles seine Ordnung haben, aber dort, wo keine zusätzlichen Kosten anfallen, keine unzumutbaren Belastungen anderer Soldaten verursacht werden, sollte man den sozialen Gesichtspunkten Raum geben. Hier kann auch der Bundesrechnungshof nicht herumäkeln. Sowohl Privatfirmen als auch kommunale und staatliche Einrichtungen und Betriebe bieten ihren Beschäftigten betriebs- oder diensteigentliche soziale Dienste an.

Ein besonderes Problem stellt der Berufsförderungsdienst dar. In Zeiten, in denen der Arbeitsmarkt in fast allen Branchen aufnahmefähig war, und der Öffentliche Dienst Kräfte gesucht hat, hat es hier keine großen Schwierigkeiten gegeben. Jetzt aber, wo es auf den richtigen Beruf ankommt, muß noch mehr als bisher die Zusammenarbeit des Berufsförderungsdienstes mit dem Arbeitsamt und mit den Kammern der gewerblichen Wirtschaft hergestellt werden. Beispielsweise ist die Ausbildung in kaufmännischen Berufen zur Zeit sehr problematisch, weil ein Unterkommen in diesem Bereich nach Beendi-

gung der Dienstzeit eines Zeitsoldaten vielleicht nur noch in Großstädten möglich ist. Im handwerklichen Bereich, wo die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt groß ist, stimmen in vielen Fällen die Letztverwendungen in der Bundeswehr nicht mit den Voraussetzungen für die Ausbildung und Ablegung der Meisterprüfung in den jeweiligen Ländern überein. Auch hier muß ich fordern, daß sich die Verantwortlichen immer der Fürsorgepflicht gegenüber unseren Soldaten bewußt sind und etwas flexibler und praxisbezogener handeln.

Lange genug wird schon über den sogenannten Verwendungs- und Beförderungsstau in einzelnen Besoldungsgruppen gesprochen. Jetzt gehören praktikable Vorschläge auf den Tisch. Jeder Soldat wird Verständnis haben, daß die Zeiten vorbei sind, in denen das Zurücklegen von Mindestwartezeiten nach der Laufbahnverordnung automatisch zu einer Beförderung geführt hat. Andere Verhältnisse bedingen andere Beförderungsverhältnisse. Dazu kommt noch, daß die einzelnen Verwendungsreihen besonders bei den Fachdienstoffizieren sehr unterschiedliche Stellenkegel aufweisen. So schwierig das Problem zu lösen sein wird - es muß Klarheit geschaffen werden, damit die Gerüchteküchen wieder geschlossen werden können. Selbst dann, wenn der augenblicklichen Situation nicht durch hilfreiche Entscheidungen abgeholfen werden kann, ist eine Aussage, die dies klarstellt, hilfreich.

Im Namen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und im Auftrag der Arbeitsgruppe Sicherheit der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion erkläre ich, daß wir in kommenden Jahr diese Fragen eingehend und schwerpunktmäßig erörtern werden. Wir wollen helfen, daß Verbesserungen auf dem sozialen Sektor vorankommen.

Zu einer guten Ausrüstung und Bewaffnung der Soldaten gehört ein sozial befriedetes Klima. Die Leistungen unserer Soldaten verdienen es, daß wir uns hier voll engagieren. Dem Wehrbeauftragten und dem Bundesministerium der Verteidigung stehen wir als Berater und Förderer voll zur Verfügung. Nur gemeinsam werden wir erreichen, daß unsere Verteidigung im Rahmen des Bündnisses auch glaubhaft bleibt und von Soldaten repräsentiert wird, die, integriert in die Gesellschaft, auch teilhaben an den sozialen Errungenschaften der Gesamtgesellschaft. (-/11.12.1978/hi/hgs)

+ + +